

## Skandalöser Einfluss der Atomlobby auf Justiz und Polizei

### Repression gegen Atomkraftgegner aus Waltrop

Durch das aktuelle Gerichts-Verfahren gegen unser Partei-Mitglied und Atomkraftgegner Wolfgang Porrman aus Waltrop, ist ein neuer Fall einer riesigen personenbezogenen Datensammlung bekannt geworden. Der Umweltschützer wurde wegen einer angeblich nicht rechtzeitig angemeldeten Versammlung angezeigt. In der ihn betreffenden Ermittlungsakte sind seit dem Jahr 2002 alle politischen Aktivitäten des Betroffenen fein säuberlich aufgelistet worden, ca. 150 Seiten: Fotos, Presseartikel, Interviews, wann er an welcher Versammlung teilgenommen hatte, dazu viele Emails des Angeklagten. Offenbar soll er mit allen Mitteln verurteilt werden!



Wolfgang Porrman vor dem Amtsgericht Recklinghausen  
Alle Fotos: Norbert Arbeiter

Diese Geschichte hat ihren Anfang am 17. März 2010 vor der Dattelner Stadthalle, in der der Rat der Stadt zum Thema EON-Großkraftwerksbau zur Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes in einer öffentlichen Sitzung tagte. Zum gleichen Zeitpunkt trat Umweltminister Röttgen in den Medien mit der Ankündigung auf, weitere Erkundungsarbeiten im Salzstock von Gorleben ohne weitere rechtlichen Prüfungen wieder aufzunehmen. Wolfgang Porrman und zwei weitere Mitglieder der Umweltinitiative „MegA“ (Menschen gegen Atomkraft) fanden es nicht akzeptierbar, dass es in Gorleben ohne rechtliche Überprüfung einfach wieder weiter gehen sollte. In der Annahme Presse und Medien werden dabei sein, wollte die Initiative dort ihrem Protest Ausdruck verleihen und Öffentlichkeit zu ihrem Thema herstellen. Weil die Stadthalle mit 700 Menschen überfüllt war, blieb den „Menschen gegen Atomkraft“ nur der Platz vor der Halle, um zu Dritt zwei Transparente von „MegA“ zu zeigen. Weil die Ratssitzung auch nach draußen übertragen wurde, konnten sie mithören und gleichzeitig ihren Protest gegen die Atommüll-Beseitigung kund tun.

Und dann begann der Skandal! Nachdem die beiden Transparente hoch gehalten wurden, erschien nach ca. 1 Minute ein Polizist und fragte: „Sind sie Herr Porrman? Diese Versammlung, die sie hier durchführen, ist nicht genehmigt, packen sie die Sachen wieder ein“. Die anscheinend gut vorbereitete Polizei hatte die „MegA“-Leute offenbar schon erwartet, denn ein zweiter Beamter machte gleichzeitig Fotos von ihnen. Wolfgang Porrman meldete daraufhin die Versammlung spontan an.

Als er den zweiten Beamten dann bat das Fotografieren zu unterlassen, da es jetzt eine Versammlung mit Versammlungsschutz sei, wurde einfach weiter gemacht. Der andere Beamte sagte noch, er nehme die Anmeldung zwar an ( in Formularform) aber eine Anzeige

gegen Pormann kommt trotzdem, deshalb Pormann, weil er sich selber als Versammlungsleiter ausgab. Alle Drei blieben gelassen, in der Annahme, die Staatsanwaltschaft werde das Ganze als Bagatell-Delikt einstellen.

In einer Stellungnahme teilte Wolfgang Pormann im anschließenden Ermittlungsverfahren darüber hinaus mit, dass es gar nichts anzumelden gegeben habe, weil ihre „Aktion“ von zwei Leuten kurzfristig verabredet worden sei; erst unterwegs sei ein Dritter zufällig dazu gekommen. Erst dadurch sei das rechtlich gesehen eine „Versammlung“ geworden. Auch habe es keine vorbereiteten Flugblätter, keine Aufrufe gegeben, nur die zwei älteren Transparente zum Thema Atomkraft. Dies wurde von den Ermittlungsbehörden nicht akzeptiert und weiter darauf bestanden, dass es eine unangemeldete Versammlung gegen den EON-Kraftwerksbau war. Der 1. Verhandlungstag wurde auf den 10. August 2010 beim Amtsgericht Recklinghausen festgesetzt.



Amtsgericht Recklinghausen - innen und außen immer noch wilhelminisch

Unerwarteterweise wurde Wolfgang Pormann zu diesem Zeitpunkt so krank, dass er laut ärztlichem Attest nicht verhandlungsfähig und bei seinem Arbeitgeber (er ist Diplom-Sozialarbeiter) krank geschrieben war. Das wurde von Amtsrichter Borowiak nicht anerkannt, obwohl angesichts dieser Bagatelle kaum eine Gefahr, Flucht oder ähnliches für die Öffentlichkeit zu befürchten war. Pormann wurde auf mögliche Sanktionen wie Zwangsvorführung hingewiesen, was großen Druck für den bettlägerigen Angeklagten bedeutete. Am Tag des Verhandlungstermins faxte seine Rechtsvertreterin früh morgens dem Gericht noch einmal ein Attest mit genauer Krankheitsbeschreibung zu, und schließlich wurde dann erst um 12:00 Uhr einer Terminverlegung zugestimmt – also eine Stunde vor Prozessbeginn! Pormann sagte später, dieser Druck sei kaum auszuhalten gewesen, zumal er ja sehr krank war.

Der Folgetermin am 24. August 2010 war sehr kurz, die Rechtsvertretung von Pormann stellte einen Befangenheitsantrag gegen den Amtsrichter Borowiak. Begründet wurde er mit dem unverhältnismäßigen Vorgehen des Richters in so einem Bagatellverfahren. Ob dem Befangenheitsantrag statt gegeben wird, ist jetzt abzuwarten.



Wolfgang Pörmann mit Unterstützern vor dem Amtsgericht nach der Verhandlung

Die noch immer gesetzliche Abhörmöglichkeit der Geheimdienste von Parteimitgliedern der Linken zeigt an diesem Beispiel, wozu es verwendet werden kann und soll. Hier soll wohl durch Schaffung eines Präzedenzfalles gegen einen politisch aktiven Bürger eingeschüchtert und verschreckt werden. Das sich Polizei und Justiz dafür wieder einspannen lassen, zeigt in erschreckender Weise wie weit wir wieder sind!

Dem Leser, der hier eine maßlose Übertreibung vermutet, sei daran erinnert, dass in der Lebensspanne heutiger Menschen, aktive Demokraten wie Gewerkschafter, Sozialisten, Sozialdemokraten sogar Kirchenleute verfolgt und in den KZs ermordet wurden!! Und die Gesellschaftsschichten, die das ermöglichten, haben in diesem Staat immer noch das Ruder in der Hand und werden in dieser sich zuspitzenden Krise wieder aktiv um Aufbegehren im Keime wieder zu ersticken.

Weitere skandalöse Beispiele der Justiz sind Verfahren gegen Prominente Millionenbetrüger, wo Staatsanwaltschaften in den Verdacht kamen, mit den Mitteln der Verschleppung und ausgehandelten „Deals“ eine rechtmäßige Verurteilung zu verhindern. Aus dem Justizapparat werden auch an „hochrangige“ Informationen aus verschlossenen Ermittlungsakten zugeschanzt, oder Akten verschwinden ganz. In den USA werden die großen Finanzbetrüger reihenweise verurteilt, in Deutschland kaum einer.

Vertrauen in die Politik ist in großen Teilen der Bevölkerung bekanntlich nicht mehr vorhanden. Wenn nun auch noch das Vertrauen in die Justiz verschwindet – und dafür spricht das, was in der Ermittlungsakte gegen Wolfgang Pörmann gesammelt wurde – beginnt das gesellschaftliche Chaos und damit der Zusammenbruch dieser Demokratie.

Für Wolfgang Pörmann wird es eine große Solidarisierungs-Aktion zur nächsten Gerichts-Handlung geben. Das ist sicher!!

Autor: Norbert Arbeiter